

INFObrief 1

Februar 2010



Nachrichten aus der Kommune

ProAsyl verzeichnete 2009 erneut starken Zulauf in der Beratung

ProAsyl/Flüchtlingsrat Essen hat im Jahr 2009 insgesamt 445 Personen beraten. Im Vergleich zum Jahr 2008 ist die Zahl der Erstberatungen um mehr als 40 Prozent gestiegen. Jeder Hilfesuchende nahm dabei im Durchschnitt mehr als drei Beratungstermine wahr. Eine Ursache für den verstärkten Zulauf Hilfesuchender liegt wohl in der reduzierten städtischen Flüchtlingsbetreuung in den Essener Übergangsheimen, die Anfang 2009 vom Diakonischen Werk an den ASD mit deutlich geringerem Finanzvolumen übertragen wurde. Als einzig spezialisierte Beratungseinrichtung für Flüchtlinge in der Großstadt Essen hilft ProAsyl Flüchtlingsrat Essen zunehmend Personen, die von städtischen Institutionen zu dem Verein in der Maxstraße geschickt wurden.

Die inhaltlichen Schwerpunkte der Beratung lagen im vergangenen Jahr im Bereich Aufenthaltsrecht, Asylverfahren und Abschiebung sowie psychosoziale Betreuung. Dies mag einerseits mit der allgemeinen wirtschaftlichen Situation zusammen hängen, die für Migranten genau wie für Deutsche spürbar ist. Andererseits spiegeln sich erneut die

Auswirkungen der sog. Bleiberechtsregelung wieder, die im großen Maß mit Fragen der Lebensunterhaltssicherung, Arbeitssuche und dem Wechsel im Leistungsbezug (vom Sozialamt zur ARGE) gekoppelt sind. Auch die Auswirkungen der HARTZ - IV Gesetzgebung sind im Beratungsalltag präsent.

Knapp die Hälfte der Klienten hatte eine Aufenthaltserlaubnis. 120 Personen waren in Duldung, 28 befanden sich mit Aufenthaltsgestattung im Asylverfahren.

ProAsyl Intern: Neue Mitarbeiterin in der Geschäftsstelle

Mein Name ist Gabriele Velten, 53 Jahre alt. Seit dem 01.01.2010 arbeite ich als hauptamtliche Kraft für ProAsyl/Flüchtlingsrat Essen mit 20 Stunden in der Woche. Der Schwerpunkt meiner Tätigkeit liegt in der Beratung.

In meiner mehr als 10 jährigen ehrenamtlichen Mitarbeit beim Anti-Rassismus-Telefon Essen erwarb ich erste Beratungserfahrungen mit Personen, die von Diskriminierung betroffen waren. Nach anderer Berufstätigkeit (MTA) absolvierte ich in späteren Jahren das Studium der Sozialarbeit, welches ich 2009 erfolgreich beendete. Während dieses Studiums lernte ich im Rahmen eines Praktikums die Arbeit von ProAsyl kennen und gewann tiefe Ein-

blicke in die Flüchtlingsberatung, so dass ich mich entschied, neben dem Anti-Rassismus-Telefon bei ProAsyl ehrenamtlich weiterhin mit zu arbeiten. Nach dem Schreiben meiner Diplomarbeit wurde es mir ermöglicht, mein Anerkennungsjahr für Sozialarbeit bei ProAsyl abzuleisten. Hier wurde ich angeleitet, routinemäßig in der Beratung mitzuwirken, Menschen in schwierigen Situationen zu Ämtern zu begleiten und Gesetzeskenntnisse zu vertiefen. In dieser Zeit lernte ich die angespannte Alltagssituation von Flüchtlingen kennen. Ich bedanke mich beim ProAsyl-Team für die Anerkennung meines ehrenamtlichen Engagements sowie für das Vertrauen, mir diese Arbeitsstelle zu geben.



Gabriele Velten

■ Aus dem Integrationsbeirat

Ex-Botschafter berichtet Schülern vom Völkermord in Ruanda

Einen ungewöhnlichen Gast begrüßte der diesjährige Abiturjahrgang der Janusz-Korczak-Gesamtschule in Castrop-Rauxel im Januar: Eustache Nkerinka, ehemaliger Botschafter Ruandas in Japan und Ex-Parlamentarier des ostafrikanischen Staates stellte sich den Fragen der Schülerinnen und Schüler des Sozialwissenschaftskurses. Die Jugendlichen hatten sich im Unterricht mit der historisch - politischen Entwicklung Ruandas und besonders mit dem Völkermord im Jahre 1994 beschäftigt. Damals waren in weniger als 12 Wochen eine Million Menschen getötet worden. Die Opfer gehörten hauptsächlich zur Volksgruppe der Tutsis, die von radikalen Hutus ermordet wurden.

Herr Nkerinka, ein nichtradikaler Hutu, hielt sich zur Zeit des Massensterbens zusammen mit seiner Frau, einer Tutsi, in Ruandas Hauptstadt Kigali auf.

Nur knapp konnte das Paar dem Gemetzel entkommen.

Der heute Sechzigjährige erzählte auch von seinem bewegten Leben vor und nach dem Völkermord: der Zeit, als er als angesehener Botschafter zunächst in Tokio und dann in New York lebte und als Regierungsvertreter auch den amerikanischen Präsidenten Jimmy Carter und Bill Clinton begegnete. Nach seinem Ausscheiden aus dem Diplomatischen Dienst seines Landes führte er als erfolgreicher Unternehmer ein luxuriöses Leben in seiner afrikanischen Heimat. In der Zeit nach dem Völkermord wurde Nkerinka wieder politisch aktiv und engagierte sich bei einer regierungskritischen Partei für die er ins Parlament

einzog. Verfolgungsmaßnahmen der Regierung wie Verhaftungen und die Verhängung von Hausarrest führten dazu, dass die Menschenrechtsorganisation amnesty international sich für Nkerinka einsetzte. Schließlich musste er seine Heimat verlassen.

Hintergrund:

ProAsyl bietet seit vielen Jahren Unterrichtseinheiten für Schulen und Weiterbildungseinrichtungen in Essen und Umgebung an, um über die Arbeit des Vereins und die Lebenswirklichkeit von Flüchtlingen zu refe-



Herr Nkerinka mit Schülern der Janusz-Korczak-Gesamtschule

Heute lebt er in einer kleinen Wohnung in Essen und ist arbeitslos, denn in seinem Alter ist es praktisch ausgeschlossen noch einen Job zu finden. So ist er wie viele Menschen in der Ruhrregion auf die Hilfe zum Lebensunterhalt des Jobcenters angewiesen. Eustache Nkerinka ist mehr als froh, dass ihm in Deutschland Asyl gewährt wird und er hier in Sicherheit leben kann.

Doch für ihn steht fest: „Eines Tages werde ich nach Ruanda zurückkehren.“

rieren. Regelmäßig kommen auch städtische Auszubildende in die Maxstraße, um den Verein kennen zu lernen und mehr zum Thema Flucht und Asyl zu erfahren. Die oben beschriebene Veranstaltung war Auftakt der Reihe „Flüchtlingsgespräche“ in der Janusz-Korczak-Gesamtschule in Castrop Rauxel. Auf Vermittlung von Pro Asyl Flüchtlingsrat Essen sprechen Flüchtlinge als „Zeitzeugen unserer Tage“ mit Schülerinnen und Schülern über die verschiedenen Lebenswirklichkeiten in dieser Einen Welt.

■ Stolpersteine

„Kundenfreundliches Ausländeramt“

- so wird es zumindest von der Behörde propagiert. So sähen wir und die „Kunden“ - die Asylbewerber, Flüchtlinge und Migranten - es auch gerne.

Nur - die Realität ist oft eine andere. Da war ich vor einigen Tagen mit einem Flüchtling, der allein Angst vor dem Besuch hatte, in der vierten Etage der Ausländerbehörde. Seine Angst konnte ich nicht verstehen.

Im Wartebereich standen 30 Leute vor einem Raum, in dem sich alle anmelden mussten, um dann zu einem Sachbearbeiter oder einer Sachbearbeiterin weiter geschickt zu werden. Die meisten anderen Türen waren verschlossen oder man wurde zum Anmeldebereich verwiesen. Nach einer langen Wartezeit wurde an die Tür des Melderaumes ein Zettel gehängt: „bin gleich zurück“ oder so ähnlich. Aus dem „gleich“ wurde wieder eine lange Zeit. Die Wartenden - weil wohl daran gewöhnt - nahmen diese „Kundenfreundlichkeit“ gelassen hin. Ich war dazu nicht bereit und zunehmend entrüstet. Es war mittlerweile mehr als eine Stunde nutzlos verstrichen. Konnte niemand sonst die Anmeldungen entgegen nehmen, die ja nur darin bestand, den zuständigen Sachbearbeiter zu benennen?

Meine Intervention bei der Behördenleitung führte dann sofort zum Verschwinden des Zettels und zur Wiederaufnahme der Arbeit.

Nur - welcher Flüchtling würde sich trauen, zu intervenieren? Kundenfreundlichkeit jedenfalls muss anders aussehen.

Die Angst des von mir begleiteten Flüchtlings konnte ich nach diesem Erlebnis gut nachvollziehen.

B. Brack

Über den Tellerrand

Eine zentralamerikanische Tragödie - Bericht aus einer Herberge im Herzen Mexikos

Zu Tausenden sind sie auf dem Weg vom Süden Amerikas in die USA. Zu Fuß, mit dem Bus, mit dem Zug.

Warum die Menschen ihre Heimatländer verlassen, hat wirtschaftliche, soziale sowie politische Gründe. Einige kommen aus ländlichen Regionen ihrer Heimatländer, wo die wirtschaftliche Situation sehr schwierig ist, die Familien sind groß und der Hunger treibt sie in den Norden. Andere sehen sich nicht dazu in der Lage, in ihre Heimatländer zurückzukehren, weil sie von der Marasalvatrucha verfolgt werden. Marasalvatrucha ist ein Oberbegriff für organisierte Banden, die sich gegenseitig bekämpfen und zu einem großen Problem für mittelamerikanische Länder geworden sind, insbesondere für El Salvador und Honduras.

Die Reise durch Mexiko - wo ich mich seit geraumer Zeit in dem Ort San Luis Potosí aufhalte, birgt viele Gefahren für die Flüchtlinge, die auf dem Weg in die USA sind.

Mit dem Ausdruck „La Bestia“ sind die Güterzüge gemeint, die sie ins Glück fahren sollen. Doch zunächst, nach Überschreiten der guatemalischen Grenze, müssen die Menschen 260 km laufen oder den Bus nehmen, bis sie die drei unterschiedlichen Routen der Züge erreichen können, die in Richtung Norden steuern. Auf den Zügen ist es sehr kalt und es gibt nicht viel Platz, so dass die Reisenden aufpassen müssen, dass sie nicht einschlafen oder einen falschen Tritt machen. Viele verletzen sich, weil sie herunter fallen, verlieren ihre Beine oder kom-

men ums Leben. Zumeist reisen sie mit 40-80 Leuten auf einem Zug, so dass Migrationsbehörden oder kriminelle Banden wie die „Zetas“ sie leicht aufgreifen können. Die „Zetas“ entführen Flüchtlinge, um Geld ihrer Familien in den USA oder in ihren Heimatländern zu erpressen. Die erpressten Summen liegen dabei zwischen 3000-4000 US Dollar. Gewalt spielt dabei immer eine Rolle. Manche berichten von Raub, Bedrohung oder Vergewaltigung, von Folter mit Macheten, andere erzählen von Erpressungen der mexikanischen Polizei oder Migrationsbehörden, die häufig mit den Zetas zusammen arbeiten, um das spärliche Gehalt auf zu bessern.

Bezahlen müssen sie sowieso - auch wenn sie nicht erwischt werden - nämlich die Schleuser, die ihnen über die Grenze helfen und das Schmiergeld für die Zugmechaniker und -aufseher.

Seit mehr als drei Monaten befinde ich mich nun in einer Herberge für Flüchtlinge in Zentralamerika. Diese Herbergen, zumeist in christlicher Trägerschaft, verteilen sich über das ganze Land, das fünfmal größer ist als Deutschland: Mexiko. Sie stellen medizinische Versorgung, Essen, Kleidung, spirituelle Begleitung, Telefon und die Aufklärung der Flüchtlinge über ihre Rechte bereit. Der Aufenthalt der vielen Menschen in den Herbergen ist zeitlich begrenzt, jedoch kommt es vor, dass sich Verletzte erholen oder erst auf das Geld ihrer Familien warten müssen, um weiter reisen zu können.

Die Anzahl der Flüchtlinge, die hier in San Luis Potosí ankommen, ist unterschiedlich hoch. Im Jahr 2007 waren es beispielsweise 26.238 Menschen, die Unterschlupf in der Herberge „Casa de la Caridad Cristiana“ suchten, im vergangenen Jahr

waren es dagegen nur 10.608, auch aufgrund erschwerter Bedingungen in den USA und der weltweiten Finanzkrise.

Herberge verängstigt und/oder ohne Geld an, so dass sie nicht weiter reisen können oder wollen. Entweder entscheiden sie sich dann für den

tarnt ins Haus einzuschleusen. Deshalb werden alle, bevor sie ins Haus kommen, untersucht und ihnen werden Handys und andere Gegenstände abgenommen, die sie dann bei Abreise wieder erhalten.

Viele von unseren Gästen haben schon mehrmals versucht, die Grenze zu den USA zu überschreiten oder auch schon für einige Jahre dort gelebt. Die Erfahrungen dort sind ganz unterschiedlich: Einige sind nur wegen ihrer Familien oder der Arbeit dort, fühlen sich aber nicht sehr wohl. Andere sind ergriffen von der Lebensart und wollen auf keinen Fall mehr in ihre Heimatländer zurückkehren. Fast alle berichten aber von alltäglichen Diskriminierungen in den USA.

Elisabeth Brüser,

Praktikum bei ProAsyl im Jahr 2008

Unwort des Jahres 2009: 2. Platz für FLÜCHTLINGS- BEKÄMPFUNG

Das Unwort des Jahres 2009 heißt «betriebsratsverseucht». Die Formulierung sei ein sprachlicher Tiefpunkt im Umgang mit lohnabhängig Beschäftigten, begründete die Jury um den Universitätsprofessor Horst Dieter Schlosser am Dienstag in Frankfurt am Main ihre Entscheidung. Das Gremium kritisierte außerdem die Formulierung «Flüchtlingsbekämpfung», die Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) auf einem Bürgerforum der Bertelsmann-Stiftung benutzt hatte.(...) Der von Merkel gebrauchte Begriff «Flüchtlingsbekämpfung» sei sprachlich ein «dramatischer Fehlgriff», betonte Schlosser weiter. Es sei zu hoffen, dass «damit nicht tatsächlich militärische Aktionen gemeint sind». Eine Menschengruppe dürfe nicht mit einem zu bekämpfenden Sachverhalt gleichgesetzt werden. Merkel habe



Die Mehrheit der Bewohner kommt aus Honduras. Als Herkunftsländer folgen Guatemala, El Salvador und Nicaragua. Auch einige aus der dominikanischen Republik, Ecuador und Kolumbien finden ihren Weg zu uns.

Die mittelamerikanische Migration kennt kein Alter oder Geschlecht. Die meisten sind junge Männer zwischen 21-28 Jahren, jedoch beherbergten wir in der Zeit, in der ich nun hier bin, schon Neugeborene mit ihren Müttern, Jugendliche sowie Kinder und Transsexuelle.

Aufgrund der extrem harten Fluchtwege kommen viele hier in der

Zug zurück oder für die lokale Migrationsbehörde, die sie erst per Bus in die Hauptstadt bringt und von dort in ihre Heimatländer zurück schickt.

Die wichtigsten Regeln im Überlebenskampf auf dem Weg in die USA sind, niemandem zu vertrauen, immer zu behaupten, allein unterwegs zu sein und keine Hilfe aus den USA zu erhalten. Weiterhin keine Telefonummern der Familien oder Freunde bei sich tragen, um erpressern die Hoffnung zu nehmen.

Die Sicherheit spielt auch hier in der Herberge eine sehr wichtige Rolle. Schleuser oder Mitglieder der Zetas versuchen, sich als Flüchtling ge-

damit einen Teil des deutschen Beitrags zum Migrationsproblem bezeichnet.(...)

Die Zeit:

(...) Neulich besuchte Angela Merkel ein Demokratie-Experiment, das, gemessen am konservativen Image der Veranstalter, der Bertelsmann-Stiftung, bemerkenswert ergebnisoffen und risikobereit war: ein "Bürgerforum" über Europa. Nach repräsentativem Verfahren ausgewählte 361 Bürger diskutierten in Berlin zwei Tage lang über ihre Erwartungen und Forderungen an Europa.

Die Teilnehmer hatten, vor Beginn ihrer Berliner Debatten, auch eine Begegnung mit der Regierungschefin. Angela Merkel nahm sich eine Stunde Zeit und antwortete auf die freundlichen Fragen aus den Arbeitsgruppen wie es ihre Art ist: ausgewogen, ruhig, dann und wann witzig. Kein Populismus.

Nur wer genau zuhörte, merkte, wie die politische Klimaveränderung auch im Denken und Sprechen der sonst so unverdächtigen CDU-Vorsitzenden Spuren hinterlässt. Als man auf das Migrationsproblem und seine demografischen Auswirkungen in Europa kam, würdigte sie Deutschlands Beitrag zur "Flüchtlingsbekämpfung" an Europas Grenzen, vor allem im Mittelmeer.

„Flüchtlingsbekämpfung“! Hoppla! Ein verbaler Lapsus?

Gleich darauf sagt Merkel, dass man auch vor Malta die "Flüchtlinge bekämpfen" müsse, ehe sie ausführte, dass das natürlich auch mit Entwicklungshilfe geschehe, damit die Menschen in ihren Ländern bleiben könnten.(...)

Frankfurt/Main (ddp-hes).

<http://www.zeit.de/online/2009/08/populismus-merkel-fluechtlinge?page=all>

Rechtspraxis

Schreiben des BMI problematisiert Abschiebungen nach Syrien

Das Bundesinnenministerium bittet die Länder mit Schreiben vom 16.12.09, wegen bekannt gewordener Inhaftierungen nach Abschiebungen im Rahmen des Rückübernahmeabkommens mit Syrien Abschiebungen nach Syrien "mit besonderer Sorgfalt" zu prüfen. Das BAMF wird aufgefordert, Asylanträge von Flüchtlingen aus Syrien nicht mehr als "offensichtlich unbegründet" abzulehnen und Entscheidungen über Asylfolgeanträge auszusetzen.

Das Innenministerium Schleswig-Holstein weist darauf hin, dass den Betroffenen Gelegenheit zu geben ist, Asylfolgeanträge zu stellen.

http://www.frsh.de/behoe/pdf/imsh_syrien_17.12.09.pdf

Ärztliche Schweigepflicht hat künftig Vorrang: Übermittlungspflichten eingeschränkt

Seit mehreren Jahren engagiert sich der Jesuiten-Flüchtlingsdienst gemeinsam mit anderen Organisationen wie dem Deutschen Caritas Verband und dem Katholischen Forum Leben in der Illegalität dafür, dass Menschen ohne Aufenthaltspapiere in Deutschland elementare Menschenrechte wahrnehmen können - etwa Krankenfürsorge in Notfällen, Zugang zu Schulbildung für Kinder und Schutz vor ausbeuterischen Arbeitsbedingungen. Mit den seit 31.10.2009 geltenden Verwaltungsvorschriften zum Aufenthaltsgesetz (VwV) sind wir diesem Ziel einen

Schritt näher gekommen. Die VwV, gedacht als Auslegungshilfe für die Verwaltungsbehörden, schränken die Pflicht zur Meldung von Ausländern ohne Aufenthaltsstatus an mehreren sensiblen Punkten ein. So soll die ärztliche Schweigepflicht jetzt nicht nur für medizinisches Personal, sondern auch für die Angestellten öffentlicher Krankenhäuser und auch die Mitarbeiter von Sozialämtern gelten.

Damit wird es statuslosen Migranten erleichtert, zumindest in medizinischen Notfällen ärztliche Hilfe zu erlangen. Bisher hatte in diesen Fällen für Unsicherheit gesorgt, dass unklar war, ob Krankenhauspersonal die Betroffenen an die Ausländerbehörde hätte melden müssen; das gleiche galt bei den Sozialämtern im Zuge der Abrechnung der Behandlungskosten. Immer wieder kam es in der Vergangenheit auch dazu, dass Eltern ohne Aufenthaltsstatus aus Furcht vor Entdeckung ihre Kinder nicht zur Schule schickten.

Flüchtlings- und Menschenrechtsorganisationen haben wiederholt kritisiert, dass die Gesetzeslage damit faktisch dazu führte, dass die Kinder den Preis für die Migrationsentscheidung ihrer Eltern zahlen mussten.

Die VwV stellt nun noch einmal klar, dass öffentliche Stellen nur zur Meldung verpflichtet sind, wenn sie die Kenntnis vom illegalen Aufenthalt „in Erfüllung ihrer Aufgaben“ erhalten. Wo hingegen das Landesrecht bestimmt, dass es nicht zu den Aufgaben der Schule gehört, den Aufenthaltsstatus zu erfragen, soll die Meldepflicht nicht eingreifen. Erste Bundesländer haben entsprechende Klarstellungen bereits erlassen bzw. sind auf dem Wege dazu.

Infobrief Dezember 2009,

info@jesuitenfluechtlingsdienst.de,
www.jesuitenfluechtlingsdienst.de

OLG Köln spricht dunkelhäutiger Familie 5000 EUR Entschädigung wegen Diskriminierung bei der Wohnungssuche zu

Das Oberlandesgericht (OLG) Köln gab am 19.01.2010 im Berufungsverfahren der Klage einer dunkelhäutigen Familie, die bei der Wohnungssuche benachteiligt wurde, statt.

Zuvor hatte das Landgericht Aachen die Klage abgewiesen. In dieser wegweisenden Entscheidung des OLG wurde die beklagte Hausverwaltung zur Zahlung einer Entschädigung in Höhe von 5000 € verurteilt.

Die Stiftung „Leben ohne Rassismus“ unterstützte diese Klage, um zukünftig von Diskriminierung Betroffenen den Klageweg zu erleichtern.

Die Notwendigkeit der Rechtshilfe durch die Stiftung wird durch diesen Fall bestätigt. Ohne deren Unterstützung können Betroffene ihre Rechte nur in seltenen Fällen bei entsprechenden finanziellen Mitteln geltend machen. ProAsyl/Flüchtlingsrat Essen und das Anti-Rassismus-Telefon sind im Stiftungsbeirat vertreten.

www.NRWgegenDiskriminierung.de/stiftung

Visafreie Reisen für Bürger von Balkan-Staaten

Serben, Mazedonier und Montenegriner dürfen seit dem 19.12.2009 visafrei in fast alle EU-Staaten reisen. In den drei Ländern wurde am Vorabend der «Fall der Schengener Visamauer» mit Pop-Konzerten und Feuerwerk gefeiert. Für Großbritannien und Irland, die dem Schengener Abkommens über den Wegfall der Grenzkontrollen nicht beigetreten sind, gilt weiterhin Visapflicht.

Für Bosnien-Herzegowina, Albanien und Kosovo wird die Abschaffung der Visapflicht noch geprüft.

<http://de.news.yahoo.com/26/20091219/tpl-visafreie-reisen-fr-brger-von-balkan-a70ba75.html>

Film tipp

Am 4. Februar 2010 startet der mehrfach preisgekrönte Film WELCOME von Philippe Lioret in den deutschen Kinos (u.a. ausgezeichnet mit dem LUX Preis des Europäischen Parlaments 2009, dem Ökumenischen Preis der 59. Berlinale und dem Friedensfilmpreis 2009 der Stadt Osnabrück).

WELCOME erzählt die Geschichte des kurdischen Flüchtlings Bilal, der illegal versucht, zu seiner Freundin nach England zu gelangen. In Calais lernt er den Schwimmlehrer Simon

kennen, der ihm das Kraulen beibringt - Bilal will den Ärmelkanal schwimmend durchqueren.

WELCOME hat in Frankreich mit über einer Million Zuschauern hohe Wellen geschlagen und wurde sogar im französischen Parlament gezeigt. Denn der Film zeigt aus sehr persönlicher Perspektive das, was man sonst nur in Zahlen und Statistiken aus den Nachrichten kennt: das Schicksal der Flüchtlinge. Außerdem erzählt der Film auch vom Paragraphen 622 des französischen Ausländerrechts, der es unter Strafe stellt, Illegalen zu helfen. Lioret gibt in Form des Flüchtlings Bilal, aber auch in Form des denunzierten Helfers Simon denen ein Gesicht, die für viele nur ein abstraktes Thema sind. Ein Thema, das nicht nur in Frankreich aktuell ist, sondern in Deutschland, wo es ebenfalls strafbar ist, Flüchtlinge zu beraten oder ihnen zu helfen, ebenso wie in ganz Europa.

Weitere Informationen unter: www.arsenalfilm.de/welcome

Anschrift: ProAsyl/Flüchtlingsrat Essen e.V., Maxstraße 11, 45127 Essen

Tel: 0201 / 20539,

Fax: 0201 / 232060,

Mail: info@proasylessen.de

Bankverbindung: Kontonr. 1600626, Sparkasse Essen, BLZ 36050105

Internet: www.proasylessen.de,

Redaktion: Inka Jatta, Alexander Pott



Diese Publikation gibt die Meinung des Verfassers wieder. Die Kommission ist nicht verantwortlich für die Verwendung der Informationen.

Das Projekt wird aus Mitteln des Europäischen Flüchtlingsfonds kofinanziert.